Heinz Bohlmann*
Lauenburg/Elbe unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1945
1. Forschungsstand und Quellenlage

Schleswig-Holstein heute

Eine wissenschaftlich fundierte und umfassende Aufarbeitung der NS-Zeit im Kreis Herzogtum Lauenburg und in der Stadt Lauenburg/Elbe ist bisher nicht erfolgt. Bisher ist lediglich die materialreiche Dissertation von Hansjörg Zimmermann, „Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918-1933" erschienen. Ein Kreis zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie, Neumünster 1987, sowie einige Aufsätze von Heimatforschern über das Kriegsende in Lauenburg in der „Lauenburgischen Heimat", der Zeitschrift des Heimatbundes und Geschichtsvereins Herzogtum Lauenburg, erschienen. Dieses Forschungsdesiderat ist einerseits darauf zurückzuführen, daß sich die Geschichtswissenschaft erst seit einigen Jahren intensiver mit regionalen Fragestellungen befaßt, andererseits aber auch bedingt durch eine langjährige Verdrängung der NS-Zeit in größeren Teilen der Bevölkerung. Insofern gilt es, hier zunächst mit der Grundlagenforschung zu beginnen.

Wie für die überregionale Ebene der historischen Forschung über die Zeit des Nationalsozialismus ist auch im regionalen Bereich die Quellen-Überlieferung lückenhaft. Dies gilt auch für die Stadt Lauenburg/Elbe am südöstlichen Rand des Kreises Herzogtum Lauenburg. Den größten Bestand über die NS-Zeit vor Ort besitzt das Stadtarchiv Lauenburg, das seit Ende November 1987 auch der Öffentlichkeit zugänglich ist und sich einer lebhaften Resonanz in der Bevölkerung erfreut.**

Weitere Quellen zur NS-Zeit in Lauenburg befinden sich im Kreisarchiv in Ratzeburg und im Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig. Auch hier ist das Material insgesamt jedoch lückenhaft. Recht ergiebig allerdings erweisen sich die Akten zur politischen Verfolgung im Landesarchiv, für die mir dankenswerterweise Einsicht gewährt wurde.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß es im Stadtarchiv Lauenburg zwar einige Akten über die französischen und belgischen, jedoch kaum Unterlagen über die russischen Kriegsgefangenen gibt. Entsprechend der damaligen Aktenführung der Stadtverwaltung hat es derartiges Material auf jeden Fall gegeben. Auch über die politische und rassistische Verfolgung existieren vor Ort kaum noch schriftliche Informationen. Eine Art Tagebuch der Stadtverwaltung Lauenburg verzeichnet für die Jahre 1943-1945 die eingegangenen Schreiben mit einer stichwortartigen Inhaltsangabe. Viele der darin aufgeführten Vorgänge sind jedoch nicht mehr auffindbar[1].

Nach Aussage einer Zeitzeugin, die am Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 in der Lauenburger Stadtverwaltung arbeitete, wurden vor dem Übersetzen der britischen Truppen über die Elbe zahlreiche Akten durch Mitarbeiter der Verwaltung verbrannt. Weitere Unterlagen wurden demnach in einem Kellerraum des Schlosses eingemauert. Ob diese Akten noch immer dort lagern oder von den Briten gefunden worden sind, ist nicht bekannt[2].

Eine weitere wichtige Quelle für die jüngere Zeitgeschichte sind Zeitungen. Die in diesem Fall in Frage kommende Lauenburgische Landeszeitung/Geesthachter Zeitung ist als Quelle

*Der Autor war von Juli 1987 bis Juli 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stadtarchive Geesthacht und Lauenburg/Elbe. Er erstellt z.Z. eine Monographie über die politische Geschichte beider Städte zwischen 1930 und 1950. Sie wird voraussichtlich Anfang 1990 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

**Das Stadtarchiv Lauenburg ist Teil der Archivgemeinschaft im südlichen Kreis Herzogtum Lauenburg. Ihr gehören auch die Städte Geesthacht und Schwarzenbek, die Gemeinde Wentorf und das Amt Büchen an. Die seit Januar 1985 bestehende Archivgemeinschaft ist die einzige Einrichtung ihrer Art in der Bundesrepublik. Geleitet wird sie durch den Historiker Dr. William Boehart.

[1] Stadtarchiv Lauenburg (StAL), Bestand II Nr. 394.

[2] Aussage der Zeitzeugin Frau K. am 29. 9. 1988.

[3] Lauenburgische Landeszeitung/ Geesthachter Zeitung. Sie wurde in Lauenburg gedruckt.
[4] Vgl. Niethammer, Lutz (Hrsg.). Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History", Frankfurt am Main 1980.

selbst für den Kriegsalltag nicht sehr ergiebig. Als reines NS-Propaganda-Organ ohnehin sehr einseitig, gibt sie keinen Einblick in die entscheidenden politischen Handlungen der Nationalsozialisten vor Ort. Die Lauenburgische Landeszeitung/ Geesthachter Zeitung erschien bis zum 11. April 1945.[3]

Eine wichtige Ergänzung zur schriftlichen Überlieferung stellen die Aussagen von Zeitzeugen dar. Allerdings treten auch hier Probleme auf. Zum einen stirbt die Generation derjenigen, die das Dritte Reich bewußt und persönlich miterlebt haben, aus; zum anderen ist die Erinnerung an länger zurückliegende Ereignisse teilweise verschwommen[4].

Es ist somit festzuhalten, daß die Quellenlage zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung während der NS-Zeit in größeren Teilen unzureichend ist. Daher können an dieser Stelle auch nur inhaltliche Schlaglichter gesetzt werden, die aber durchaus geeignet sind, einen Einblick in das System der NS-Gewaltherrschaft in Lauenburg zu geben. Eine wesentliche Fragestellung in diesem Rahmen ist, ob bzw. in welchem Grade es den Nationalsozialisten in der Kleinstadt Lauenburg gelang, ihr Herrschaftssystem zu etablieren und inwieweit sie dabei von der Bevölkerung direkt oder indirekt unterstützt wurden. Auf die notwendige Darstellung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur in Lauenburg zwischen 1933 und 1945 muß an dieser Stelle aus Platzgründen verzichtet werden. Der Schwerpunkt dieses Aufsatzes liegt daher auf der politischen Geschichte in der Stadt Lauenburg zwischen 1930 und 1945.

Umzug der Nationalsozialisten durch die Elbstraße, hier: Zwischen Grünstraße und Neustadt (1935)

2. Die politische und verfassungsmäßige Entwicklung in Lauenburg/Elbe 1933–1945

2.1. Von der nationalen Erhebung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939

Als die Nationalsozialisten im Januar 1933 in Berlin die sogenannte „Machtergreifung" feierten, war die NSDAP in Lauenburg bereits seit längerer Zeit erfolgreich. Hier war ihr der politische Durchbruch bereits bei den Stadtverordnetenwahlen am 17. 11. 1929 gelungen, wo sie mit 10,5% der Stimmen einen Sitz im Stadtparlament erhielt. Bei den Reichstagswahlen 1930 erreichten die Nationalsozialisten in Lauenburg bereits 18,4%, im

Juli 1932 40,1%. Doch damit war der Höhepunkt ihres Erfolges noch nicht überschritten: Nach dem Einbruch bei den Reichstagswahlen im November 1932 (30,9% für die NSDAP) erhielt die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5. 3. 1933 41,3% der Stimmen. Dieser Erfolg bestätigte sich erneut bei den letzten Kommunalwahlen während der NS-Zeit in Lauenburg am 13. 3. 1933. Die NSDAP und die Bürgerliche Volksgemeinschaft hatten eine gemeinsame Liste gebildet. Dies ist eine einmalige Konstellation im Kreis Herzogtum Lauenburg. Die Wahlliste mit der Bezeichnung „Nationale Einheit" erreichte mit 54,9% und 9 Sitzen die absolute Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung.

Die KPD hatte mit 14,2% (2 Sitze) weniger Verluste (1,8%) gegenüber den Gemeindewahlen von 1929 hinzunehmen als die SPD mit 30,3% (4 Sitze, fast 9% Verluste). Zwar kandidierte 1933 erstmals noch eine Liste „Werktätige und Kleingewerbetreibende" bei den Kommunalwahlen. Sie blieb mit 0,6% der Stimmen jedoch eine unbedeutende Splittergruppe. Die Geschlossenheit der NSDAP und der Volksgemeinschaft mit ihren Spitzenkandidaten, dem Rechtsanwalt Kurt Petersen und dem Buchdruckereibesitzer Wilhelm Freystatzky, machte sich bezahlt. Die Gründe für diesen Erfolg können nur vermutet werden. Sicherlich spielte die weit über dem Reichsdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit in Lauenburg Anfang 1933 mit 47% der Erwerbstätigen eine bedeutende Rolle. Die völkisch-nationale, gezielte Propaganda der Nationalsozialisten fand in dieser Situation sicherlich ihre Anhänger. Nicht nur der Lauenburger Mittelstand wählte im März 1933 die NSDAP, sondern auch ehemalige SPD-Wähler. Dies wird bereits durch die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Parteien bei den Kommunalwahlen im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen deutlich.

Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung und zum Reichstag in Lauenburg/Elbe 1919-1933 (in Prozent)

Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung und zum Reichstag in Lauenburg/Elbe 1919 – 1933

	1919	1921	04.05.1924	07.12.1924	1928	1930	31.07.1932	06.11.1932	1933
DDP	37.4	19.6	13.8	12.4	5.2				
DVP	0.5	11.0	7.1	6.0	7.9	4.6		1.7	1.6
DNVP	1.9	11.0	21.2	15.5	9.9	3.4	5.2	11.5	9.5
KPD		14.6	17.9	11.6	17.0	21.9	21.4	24.0	20.2
KVP						0.6			
NSDAP			6.4	2.2	3.4	18.4	40.1	30.9	41.3
Sonstige						2.8			
SPD	60.2	42.8	31.7	39.2	42.3	30.3	28.8	28.5	26.2
Staatspartei						4.0	1.4	1.1	0.6
Wirtschaftspartei					12.4	14.0	0.5		

	02.03.1919	04.05.1924	17.11.1929	13.03.1933
Bürgerliche Gemeinschaft	-	48,5	-	-
DDP	37,8	-	-	-
KPD	-	16,7	16,0	14,2
Nationale Einheit (NSDAP + Volksgemeinschaft)	-	-	-	54,9
NSDAP	-	-	10,5	-
SPD	48,2	34,8	39,4	30,3
USPD	14,0	-	-	-
Volksgemeinschaft	-	-	34,1	-
Werktätige und Kleingewerbetreibende	-	-	-	0,6

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in Lauenburg/Elbe 1919-1933 (in Prozent)

Als die neugewählte Stadtverordneten-Versammlung am 24. 3. 1933 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentrat, äußerte sich der Bürgermeister Dr. Max Meiling zur politischen Situation folgendermaßen:

„Die nationale Erhebung der letzten Wochen hat auch in dem kleinen Lauenburg hohe Wellen geschlagen, und die Auswirkungen sehen wir in der Zusammensetzung der Stadtverordneten und an der Lücke, die dadurch entstanden ist, daß wir die beiden kommunistischen Stadtverordneten auf Anweisung der Staatsregierung ausschalten mußten.“[5]

Jetzt wurde erstmals auch in Lauenburg für alle sichtbar, mit welchen Mitteln die Nationalsozialisten ihre Herrschaft zu errichten bereit waren. Am 21. März 1933, der in Berlin als der „Tag von Potsdam“ gefeiert wurde, feierten auch die Nationalsozialisten im hellerleuchteten Hotel „Stappenbeck“ nach einem Fackelzug durch die Stadt mit einer großen Kundgebung in Lauenburg. Der Ortsgruppenleiter und Rechtsanwalt Kurt Petersen und sein Stellvertreter, der Mittelschullehrer Simon, traten als Redner auf. Simon rezitierte unter Bezugnahme auf die am selben Tag in Berlin bekundete Verbundenheit zwischen dem Reichskanzler Adolf Hitler und dem Reichspräsidenten von Hindenburg (was ein Anknüpfen des Nationalsozialismus an alte preußische Traditionen symbolisieren sollte) den Rütli-Schwur *„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“*[6].

Der Nationalsozialismus hatte versprochen, Potsdam, die letzte Ruhestätte Friedrichs des Großen, an die Stelle von Weimar, das für viele der Inbegriff der Zerrissenheit und Ohnmacht des deutschen Volkes war, zu setzen. Das wahre Bild des nationalsozialistischen Staatsverständnisses zeigte sich jedoch

[5] Schwarzenbeker Nachrichten vom 25. 3. 1933.

[6] Das Land an der Elbe, 6. Jahrgang, Nr. 3, März 1933, Seite 15.

einige Tage später in der Kroll-Oper in Berlin. Am 23. März, einen Tag bevor in Lauenburg die Stadtverordneten-Versammlung zusammentrat, wurde im Reichstag des „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sogenannte „Ermächtigungsgesetz" nur gegen die Stimmen der SPD verabschiedet. Dieses Gesetz hob die Trennung von legislativer und exekutiver Gewalt auf. Die Reichsverfassung war damit praktisch außer Kraft gesetzt. Das Kabinett Hitler konnte nun seine eigenen Gesetze schaffen. Dies war die Grundlage für die Errichtung der Terrorherrschaft auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen.

Bereits wenige Tage nach ihrem Amtsantritt hatte die neue Regierung mehrere Verordnungen erlassen, welche die Presse- und Versammlungsfreiheit einschränkten. Mit der „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4. Februar 1933 wurden die Grundrechte, die Presse- und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt[7]. Damit konnten die Nationalsozialisten alle ihnen unliebsamen politischen Aktivitäten im Keim ersticken. Einen willkommenen Anlaß für das Inkrafttreten dieser Verordnung bildete der Reichstagsbrand am 27. Februar, in dessen Folge der Ausnahmezustand verhängt und die KPD und die SPD zerschlagen wurden. Die oben genannte Verordnung wurde in der Folgezeit gegen alle Gegner des Nationalsozialismus angewendet. Der Rechtsstaat und die Demokratie waren damit endgültig am Ende. Walter Hofer hat diese Verordnung als die *„Verfassungsurkunde des Dritten Reiches"* bezeichnet[8].

Die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" und das „Ermächtigungsgesetz" wirkten sich bald auch in der Kleinstadt Lauenburg aus. Wie Bürgermeister Meiling am 24. 3. 1933 ausführte, war den beiden Stadtverordneten der KPD, Mattutat und Köller, ihr Amt entzogen worden. Die SPD-Mitglieder des Stadtparlaments mußten ihr Amt Ende März 1933 abgeben. Am 28. April wurde der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Kurt Petersen, von seiner Partei als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt. Im September 1934 wurde er durch Verfügung des Regierungspräsidenten in Schleswig endgültig zum Bürgermeister berufen. Bürgermeister Meiling wurde im April 1933 zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Er hatte seit 1923 das Amt des Bürgermeisters bekleidet. Kurt Petersen war erst seit Juli 1932 Mitglied der NSDAP und hatte am 26. 1. 1933 den ersten NS-Ortsgruppenleiter Draeger in Lauenburg abgelöst[9].

Kurt Petersen, Bürgermeister 1933-40
Foto: Stadtarchiv Lauenburg/Elbe.

Wie sich die Ausschaltung und Gleichschaltung der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen durch die Nationalsozialisten in Lauenburg im einzelnen weiter vollzog, ist nur unzureichend überliefert. Auf Reichsebene ging es Schlag auf Schlag weiter. In Lauenburg werden diese Maßnahmen ebenso konsequent durchgesetzt worden sein:

1. April: Erste Boykottaktion gegen die Juden durchgeführt. Für Lauenburg ist darüber nichts bekannt.

7. April: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums mit der Folge der Entlassung *„nichtarischer"*, und *„nicht national gesonnener"* Beamter.

2. Mai: Zerschlagung der Gewerkschaften. Für den Kreis

[7] Reichsgesetzblatt (RGBl.), Teil 1, Berlin 1933, S. 35 ff..

[8] Hofer, Walther. Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. In: Brandt, Otto/ Meyer, Oskar/ Just, Leo (Hrsg.). Handbuch der Deutschen Geschichte IV/2, Konstanz 1960, Seite 18.

[9] Stadtarchiv Lauenburg, Bestand II Nr. 59. Brief des Bürgermeisters Petersen an Rudolf Maacke in Mölln vom 3. 5. 1934, Seite 1. Einige Namen sind aus Gründen des Daten- und Personenschutzes abgekürzt.

Herzogtum Lauenburg sind allerdings bereits in der Endphase der Weimarer Republik keine Aktivitäten von Gewerkschaften mehr überliefert.

10. Mai : Bücherverbrennung.

22. Juni : Verbot der SPD auf Reichsebene

27. Juni bis 5. Juli: Selbstauflösung der übrigen Parteien.

14. Juli : Neubildung von Parteien verboten[10].

Spätestens im Sommer 1933 regierten die Nationalsozialisten auch in Lauenburg allein. Partei-Veranstaltungen in der Elbestadt waren fortan reine NSDAP-Veranstaltungen. So fand im September 1933 bei „Stappenbeck" ein Kreisparteitag der NSDAP statt, an dem mehrere hundert Mandatsträger der Ortsgruppen teilnahmen[11].

2.1.1. Rassische und politische Verfolgung

Parallel zur Zerschlagung der politischen Parteien und Organisationen begannen die Natonalsozialisten mit der rassistischen und politischen Verfolgung. Über die Verfolgung von Juden in Lauenburg gibt es keinerlei schriftliche Unterlagen. Nach Berichten von Zeitzeugen soll jedoch der jüdische Kaufmann Alexander aus der Elbstraße rechtzeitig mit seiner Familie emigriert sein. Die Praxis eines jüdischen Arztes O., der im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, soll von der SA oder SS boykottiert worden sein. Die Stichhaltigkeit dieser Aussagen ist jedoch fraglich und nicht belegt. Daß in Lauenburg nicht viele Juden lebten, wird von mehreren Zeitzeugen behauptet. Laut einer Volkszählung vom 16. 6. 1925 wohnten nur 7 Israeliten in Lauenburg unter insgesamt 4.937 Einwohnern[12].

Verfolgt wurden auch Sinti und Roma aus Schnakenbek bei Lauenburg. In den Jahren 1937/1938 begann im gesamten Deutschen Reich die Erfassung aller „Zigeuner" unter dem Vorwand der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung. Im Herbst 1939 wurde allen „Zigeunern" das Umherwandern verboten. Dies betraf auch die jetzt in Geesthacht lebende Sinti-Sippe M.. Sie lebte seit 1938 in Schnakenbek. 1939 wurde es ihnen untersagt, in Lauenburg Einkäufe zu tätigen. Von den insgesamt 36 Sinti der Sippe überlebten nur 12 die NS-Diktatur.

Ein weiterer belegter Fall von rassistischer Verfolgung ist die Familie A.. Mehrere ihrer Mitglieder wurden 1943 nach Auschwitz (Zigeunerlager) deportiert. Das Familienoberhaupt Bruno A. war als Soldat eingezogen. Nach der Verhaftung seiner Familie wandte er sich an die Stadtverwaltung Lauenburg:

„Weshalb soll ich für Deutschland kämpfen, wenn meine Familie auseinandergerissen wird und ich nicht weiß, was mit ihnen passiert?"

Nachdem er demonstrativ seine Uniform abgelegt hatte, wurde er ebenfalls verhaftet und nach Auschwitz gebracht. Er starb dort am 2. November 1943[13]. Schätzungsweise wurden während der NS-Diktatur insgesamt 500.000 europäische „Zigeuner" umgebracht, die meisten zwischen 1943 und 1945.

Daß auch die Verfolgung politischer Gegner der Nationalsozialisten in einer Kleinstadt von Bedeutung war, belegen zahl-

[10] Aleff, Eberhard. Das Dritte Reich. Hannover 1970, 21. Auflage, Seite 274.
[11] Das Land an der Elbe, 6. Jahrgang, Nr. 10, September 1933, Seite 40.
[12] Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 320 Nr. 1392.
[13] Die Angaben stammen aus den Unterlagen des Evangelischen Vereins für Soziale Dienste in Geesthacht.

reiche Einzelfälle aus Lauenburg. An dieser Stelle ist es nicht möglich, all' diese Vorgänge im einzelnen darzustellen. Es kann daher nur allgemein skizziert und einige wenige Vorgänge exemplarisch erläutert werden.

Zunächst wurde im März 1933 den KPD- und SPD-Stadtverordneten ihr Amt entzogen. Der SPD-Abgeordnete Piehl beschwerte sich am 8. April 1933 beim Regierungspräsidenten in Schleswig darüber, daß er nicht mehr zu den Sitzungen der Stadtvertretung und des Fürsorge-Ausschusses geladen würde[14]. Dieser Vorgang zeigt, daß auch nach der „Machtergreifung" viele Menschen noch an das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und Aufrichtigkeit der Obrigkeit glaubten. Wie unrealistisch und naiv dies war, zeigen die Maßnahmen der Nationalsozialisten im Rahmen der Reichstags- und Landtagswahlen am 5. 3. 1933.

Am 15. März wurde ein mit dem Zusatz „Geheim" versehenes, verschlüsseltes Telegramm an alle preußischen Regierungspräsidenten durch das Preußische Innenministerium in Berlin mit folgendem Wortlaut übermittelt: *„Sämtliche Kommunisten, die auf Reichstags- und Landtagswahlvorschlägen stehen, festnehmen und mit Sammeltransport dem Polizeipräsidenten Berlin zuführen..."*[15].

Unter diese Gruppe fiel auch ein KPD-Angehöriger aus Lauenburg. Er wurde festgenommen, jedoch nicht mehr nach Berlin überführt, weil dort die Gefängnisse bereits überfüllt waren[16].

Haussuchungen wurden unter anderem bei der SPD und dem Reichsbanner in Lauenburg durchgeführt. Das Vermögen des SPD-Ortsvereins wurde eingezogen[17]. Bei KPD-Mitgliedern wurden ebenfalls ab Frühjahr 1933 Haussuchungen durchgeführt und Waffen sichergestellt[18].

Die Maßnahmen der NSDAP in Lauenburg gegen ihre Gegner reichten von Postzensur und den erwähnten Hausdurchsuchungen bis zur Überführung in „Schutzhaft" oder sogar in Konzentrationslager. Insgesamt sind dem Verfasser namentlich ca. 25 Personen aus Lauenburg bekannt, die unter diesem Terror zu leiden hatten. Dies ist jedoch nur die „Spitze des Eisberges", da die Quellenüberlieferung zum Bereich Verfolgung insgesamt ohnehin lückenhaft ist. Folgende Personen aus Lauenburg wurden nachweislich in ein Konzentrationslager eingewiesen:

Gewerbelehrer Niemeyer (1889-Juni 1940, ermordet)
Ferdinand Hartmann (1884-Mai 1943, ermordet)
Michael Winkler (1907-Mai 1945, ermordet)
Bürgermeister Dr. Max Meiling (aus dem KZ entlassen)
Stadtobersekretär Gießmann (entlassen)
Der erste Ortsgruppenleiter der NSDAP in Lauenburg, Draeger (entlassen).

Der Vorsitzende des Lauenburger Reichsbanners und spätere Stadtdirektor und Bürgermeister Richard Reuter entging laut Aussage des ehemaligen Bürgermeisters Maacke (1941-1945) seiner Verhaftung nach dem 20. Juli 1944 nur dadurch, daß er 1941 seinen einzigen Sohn im Krieg verloren hatte[19].

[14] Stadtarchiv Lauenburg, Bestand II Nr. 168. Schreiben des Richard Piehl an den Regierungspräsidenten in Schleswig vom 8. 4. 1933.
[15] Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 309 Nr. 22930.
[16] Ebenda.
[17] Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 320 Nr. 840. Schreiben des Bürgermeisters Petersen an den Landrat in Ratzeburg vom 7. 6. 1933.
[18] Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 320 Nr. 1084. Unterlagen der Ortspolizeibehörde Lauenburg/Elbe.
[19] Stadtarchiv Lauenburg, Bestand II Nr. 567 und Ziehl, August (Hrsg.), Geesthacht. 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890-1950, Geesthacht 1958, Bildteil zwischen Seite 100 und 101.

Als Grund für eine Verhaftung reichte auch in Lauenburg bereits die Verweigerung des Hitler-Grußes aus. In einer Akte sind mehrere Fälle genannt, bei denen sich Privatpersonen gegenseitig bei der NSDAP denunzierten[20]. Es gelang den Nationalsozialisten also auch, in dieser Kleinstadt ihren Herrschaftsapparat bis in das letzte Haus hineinzutragen. Mit welchen Mitteln der Einschüchterung und des Terrors sie dies im einzelnen taten, soll anhand der politischen Verfolgung mehrerer Personen exemplarisch dargestellt werden.

Ein Beispiel für politische Verfolgung in Lauenburg während der NS-Zeit ist der Fall des Maschinenschlossers Karl Höltig und Genossen. Die Akte Nr. 17 im Bestand II des Stadtarchivs Lauenburg trägt den Titel *„Ermittlungsakte gegen den Maschinenschlosser Karl Höltig und Genossen wegen kommunistischer Umtriebe"*. Dabei handelt es sich um ein Schriftstück der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Staatsanwaltschaft von 1933. Es ist nicht bekannt, wie dieser Vorgang in den Aktenbestand der hiesigen städtischen Verwaltung gekommen und hier verblieben ist.

Die Akte beginnt mit einem Schreiben des Lauenburger Bürgermeisters Kurt Petersen an Landrat Fründt in Ratzeburg vom 30. 10. 1933 mit dem Vermerk *„Schutzhaftsache! Eilt!"*. Petersen führt darin aus, daß die auf dem Gut Gresse beschäftigten Lauenburger Wohlfahrts-Erwerbslosen in einem Trupp von 41 Mann auf der Landstraße vor Boizenburg kommunistische Kampflieder, unter anderem die Internationale, gesungen hätten. Vorangegangen sei der Maschinenschlosser Karl Höltig mit einer provisorischen Fahne, einem bunten Zimmermannstuch. Es sei an einer Kartoffelhacke befestigt gewesen. Das Tuch befindet sich noch als Beweismittel in der Ermittlungsakte. Übereinstimmende Aussagen von fünf Zeugen und der Beamten der Landjägerei in der Anzeige hätten dazu geführt, daß der Generalstaatsanwalt es für dringend geboten hielt, daß mindestens der Rädelsführer in „Schutzhaft" genommen werde. Petersen selbst sah es nicht als erwiesen an, daß alle 41 Mitglieder des Trupps mitgesungen hätten. Er wies jedoch auf mehrere bekannte, *„politisch besonders unzuverlässige"*, d.h. kommunistische Personen hin. Weiter führte er aus: *„Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß Lauenburg besonders rot war und früher über 800 kommunistische Wähler hatte. Lauenburg gehört deshalb unbedingt zu den Orten, wo die kommunistische Gefahr, wenn sie besteht, ebenfalls weiterbesteht. Die kommunistische Tätigkeit ist aber ganz offenbar hier so organisiert, daß durch Hausdurchsuchungen und durch persönliche Nachstellungen bei den von früher bekannteren Kommunisten Feststellungen nicht mehr zu machen sind. Es besteht deshalb Veranlassung, hier in Lauenburg noch die schärfsten Machtmittel des Staates und deshalb auch Schutzhaft und Konzentrationslager zur Anwendung zu bringen. Ich bitte deshalb, über die kommunistischen Mitglieder aus dem anliegenden Vorgang die Schutzhaft zu verhängen."*

Am 1. 11. 1933 verfügte der Landrat die Festnahme von insgesamt 16 beteiligten Lauenburger Arbeitern. Jedes der Schreiben

[20] Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 320 Nr. 844.

an die Festzunehmenden enthielt folgenden Wortlaut: *„Aufgrund des § 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 ... habe ich Sie wegen ihrer Teilnahme an der vorbezeichneten Demonstration mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres in Schutzhaft nehmen lassen und gleichzeitig Ihre Überführung in das staatliche Konzentrationslager Papenburg angeordnet."*

Zunächst sollten die Arbeiter ins Altonaer Gefängnis gebracht werden. Aus *„Platzmangel"* wurden sie jedoch umgehend in die Landesarbeitsanstalt in Glückstadt eingewiesen. Erhalten ist ein zweiseitiger Brief des Häftlings Jantzen an seine Familie vom 9. 11. 1933 aus Glückstadt. Aufgrund seines Inhaltes durfte er nach einer Zensur offensichtlich nicht abgeschickt werden und kam so in die Ermittlungsakte. Herr Jantzen schrieb darin unter anderem: *„Wir sind hier nicht direkt im Gefängnis, aber einen Unterschied kann ich trotzdem nicht finden. Das einzige ist, daß es keine Einzelhaft ist..., wir machen Matten, für's Stück gibt's einen Pfennig, man kann 10 Pf. pro Tag verdienen... Unsere beiden Kleinen sind am härtesten bestraft, und sie wissen nicht weshalb, ich selbst weiß es auch nicht... Es kommt mir so vor, als ob man für's ganze Leben gebrandmarkt ist, weil man einmal Kommunist war. Vergessen wird dagegen, daß man vorher stets als Freiwilliger dem Vaterland gedient hat... Wenn das bloß nicht so lange dauern möchte* [die „Schutzhaft", der Verfasser*], die sind hier schon alle so niedergeschlagen und so stumpfsinnig, als ob sie morgen auf die Schlachtbank sollen... Aber es ist sehr, sehr schwer, dieses alles zu ertragen. Den ganzen Tag hört man nichts anderes als immer dasselbe. Wann kommen wir wohl raus, das macht einen ganz blödsinnig."*

Diese Worte zeigen deutlich, wie die Häftlinge unter den Bedingungen der „Schutzhaft" psychisch bereits nach wenigen Tagen litten. Schon am 8. 11. 1933 hatte Jantzen, der sich selbst als unschuldig bezeichnete, einen Antrag auf Haftentlassung beim Bürgermeister in Lauenburg gestellt. Gemäß einer Anordnung des Landrates vom 7. 11. 1933 sollten die Männer so lange in Haft bleiben, bis der preußische Innenminister eine Entscheidung über die Überführung in das KZ Papenburg im Bezirk Osnabrück getroffen hätte. Doch schon am 12. 11. wurden alle 16 Häftlinge nach einer mündlichen Anordnung des Landrates in Ratzeburg aus dem Arbeitslager entlassen.

Nach Beendigung dieser politischen Haft wurde jedoch weiterhin strafrechtlich gegen alle 41 Beteiligten ermittelt. Die Vernehmungsprotokolle der Ortspolizeibehörde Lauenburg vom Januar 1934 belegen dies.

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich zwei der Verdächtigen, die nicht in Glückstadt eingesessen hatten, im Arbeitslager Langelesten. Ob weitere Ermittlungen, politische und strafrechtliche Verfolgungen stattfanden, geht aus der Akte nicht hervor. Sie schließt mit den o.a. Vernehmungsprotokollen. Die Aussagen der Verdächtigen weichen darin in einzelnen Punkten voneinander ab. Die wirklichen, genauen Vorgänge bei der Demonstration auf der Landstraße bei Boizenburg im Oktober 1933 sind daher nicht mehr endgültig zu klären.

Der gesamte Fall des Maschinenschlossers Karl Höltig und seiner Genossen zeigt deutlich, welcher Willkür politisch Andersdenkende während der NS-Diktatur ausgesetzt waren und mit welcher Gründlichkeit und Perfektion es den Nationalsozialisten gelang, ihre Herrschaft selbst in den kleinen Städten und Gemeinden zu errichten.

Ein weiterer Fall von politischer Verfolgung betrifft den ehemaligen Bürgermeister Dr. Max Meiling (Amtszeit 1923-1933) und einiger anderer Personen. Es handelt sich um Männer, die zu Beginn der dreißiger Jahre zum Teil bedeutende Positionen in der Politik und Verwaltung der Stadt innehatten[21]. Trotz ihres unterschiedlichen politischen Werdeganges steht die Verfolgung dieser Personen in einem Zusammenhang: der Kritik an der NSDAP-Führung in Lauenburg im Jahre 1933. Zunächst wurden der Schiffbauer S. und der Maschinenbauer Draeger in „Schutzhaft" genommen. Draeger war bis zum 4. 11. 1932 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Lauenburg. Er wurde seines Amtes enthoben und wegen Unregelmäßigkeiten in seiner Geschäftskassenführung am 24. 6. 1933 aus der Partei ausgeschlossen. Draegers Nachfolger als Ortsgruppenleiter der Partei und kommissarischer Bürgermeister wurde der Rechtsanwalt Kurt Petersen. Er wurde von der Kreisleitung der NSDAP in Mölln eingesetzt.

Nach Darstellung Petersens und des Landrats Fründts begann Draeger nach seiner Absetzung *„in unverantwortlicher Weise innerhalb der Partei gegen den Kreisleiter und den Ortsgruppenleiter Petersen zu hetzen". „An den Hetzereien und Treibereien gegen den kommissarischen Bürgermeister und Ortsgruppenleiter..., sowie gegen den Kreisleiter der NSDAP beteiligten sich in der Folge der Schiffbauer S., der Bäcker... P., der Polizeihauptwachtmeister H., der Stadtobersekretär G. und dessen Ehefrau sowie der Bürgermeister i.R. (im Ruhestand) Dr. Meiling in Lauenburg." „Die von Draeger und S. in Gemeinschaft mit den vorgenannten Personen in Lauenburg/E. betriebenen Intrigen hatten Formen angenommen, durch die die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lauenburg/E. in erheblichem Umfange gefährdet waren.*

Insbesondere deshalb, weil an diesen Intrigen der Maschinenbauer Draeger, der Schiffbauer S., der Bäcker P. und der Stadtobersekretär G. als ehemalige oder noch der NSDAP angehörenden Mitglieder teilgenommen haben. Die besondere Aufmerksamkeit und die strengen Maßnahmen, die diese Vorgänge erforderten, waren begründet und notwendig durch die örtlichen Verhältnisse der Stadt Lauenburg/E.. Diese Stadt bildete von jeher in politischer Hinsicht einen starken Unruheherd... Seit der Regierungsübernahme durch die nationale Regierung haben die früher von linksradikaler Seite betriebenen Unruhen in der Stadt Lauenburg/E. aufgehört. Nach dem Einsetzen des Ortsgruppenleiters der NSDAP, Rechtsanwalt Petersen, als kommissarischer Bürgermeister hat jedoch wieder eine starke Beunruhigung die Stadt ergriffen, die auf die Machenschaften der eingangs bezeichneten Personen gegen den kommissarischen Bürgermeister zurückzuführen sind... Von den

[21] Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 301 Nr. 5000, „Verwaltung der Stadt Lauenburg 1889-1933".

vorgenannten Personen wurde schließlich in der Stadt Lauenburg das Gerücht verbreitet, daß der kommissarische Bürgermeister seines Amtes enthoben werden würde und daß auch der Kreisleiter seine Parteistellung verlieren werde. Weiter war das Gerücht verbreitet, daß unter der Führung Draegers und S.'s die Absetzung des kommissarischen Bürgermeisters Petersen und die Einsetzung S.'s auf dem Wege eines Putsches durchgeführt werde, wenn Petersen nicht abberufen werde." ... „Angesichts dieser Sachlage war daher ein scharfes Zugreifen geboten."[22]

In der Tat wurde hart durchgegriffen. Auf Anregung des Kreisleiters der NSDAP, Hans Gewecke, wurden mit Zustimmung des Oberpräsidenten in Kiel bei den genannten Personen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Diese ergaben nach Aussage des Landrats Fründt, daß Draeger und S. mit einem Ministerial-Direktor im Preußischen Innenministerium in Berlin in Verbindung standen, um den Rechtsanwalt Petersen in Lauenburg abzusetzen. Der Landrat ließ Draeger und S. daraufhin aus *„Gründen der öffentlichen Sicherheit"* in Schutzhaft nehmen. Er hoffte, daß gegen beide Männer auch ein richterlicher Haftbefehl erlassen werden würde. Dies geschah jedoch nicht. So blieben Draeger und S. in Schutzhaft. Für beide Personen wurde das Post-, Brief-, Telegramm- und Fernsprechgeheimnis aufgehoben.

Auch der Polizeihauptwachtmeister H., der Bäcker P. und die Frau des Stadtobersektretärs G. wurden in „Schutzhaft" genommen. Sie wurden am 14. August 1933 entlassen, nachdem sie eine Erklärung abgegeben hatten, daß sie sich jeglicher staatsfeindlicher politischer Betätigung enthalten würden. Laut Landrat Fründt wurde dagegen Draeger *„in Folge eines Versehens"* mit anderen politischen Gefangenen aus der Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel in das Konzentrationslager Papenburg in Ostfriesland überführt. Der Landrat beantragte Draegers Entlassung.

Zwei andere Männer, die angeblich auch an den Vorgängen gegen Petersen beteiligt und in Schutzhaft waren, ließ der Landrat in das Konzentrationslager Kuhlen bei Rickling (Kreis Segeberg) bringen: Stadtobersekretär G. und den früheren Lauenburger Bürgermeister Dr. Meiling. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte er im Sommer 1933 in den Ruhestand gehen müssen. Ortsgruppenleiter Petersen beantragte beim Regierungspräsidenten in Schleswig die Entlassung G.'s aus dem öffentlichen Dienst gemäß dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933. Nach Aussagen Petersens habe G. versucht, ihm eine nichtarische Abstammung nachzuweisen, da er (Petersen) mit zweitem Vornamen „Samuel" hieße. Nachdem G. aus dem KZ entlassen worden war, bemühte er sich um eine andere Position. G. fand in Waltershausen in Thüringen eine Stelle. Petersen zog daraufhin am 8. September 1933 den Antrag auf Entlassung G.'s aus dem öffentlichen Dienst zurück.

Auch den ehemaligen Bürgermeister Meiling wollte Petersen noch nach dessen Pensionierung *„entlassen"*, d.h. die Meiling

[22] Ebenda.

zustehenden Rechte und finanziellen Leistungen nehmen. Meiling stünde nicht uneingeschränkt hinter der *„nationalen Regierung"*, so Petersen, und habe überwiegend mit den Linken der Lauenburger Stadtvertretung zusammengearbeitet. Aber auch diesen Antrag zog Petersen am 28. 8. 1933 zurück. Meiling wurde wie G. aus dem KZ entlassen.

Dieser gesamte Vorgang verdeutlicht, wie skrupellos Nationalsozialisten gegen jeden vorgingen, der ihnen im Weg stand. Die politischen Überzeugungen ihrer Gegner waren dabei unbedeutend. Funktionsträger wie Draeger und NSDAP-Mitglieder wie S. oder P. wurden ebenso verfolgt wie ein angesehener Bürgermeister, der mit den *„Linken"* zusammengearbeitet hatte. Wer sich der Diktatur nicht bedingungslos unterordnete, war ein *„Feind der Volksgemeinschaft"*. Doch selbst wer sich anpaßte, war nicht geschützt vor der Willkür einzelner Personen im Parteiapparat der NSDAP. Die beschriebenen Ereignisse zeigen, wie wichtig in einem politischen System die Begrenzung der Kontrolle der Machtbefugnisse eines Einzelnen sind, um die Freiheit und Rechte des Bürgers zu schützen.

Verfassung und Kommunalpolitik

Die Rechte des Einzelnen wurden von den nationalsozialistischen Machthabern jedoch in der praktischen Politik nicht nur mit Füßen getreten, sondern zuvor konsequent und systematisch unter dem Deckmantel streng formaler Rechtsstaatlichkeit durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse abgeschafft. Diese gesetzgeberischen Maßnahmen wurden für alle staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsebenen und damit auch für das kommunale Aufgabenfeld getroffen.

Kurz nach der sogenannten „Machtergreifung" am 30. Januar 1933 machten sich die neuen Machthaber daran, das Reich und seine Gliederung neu zu gestalten. Gesetze wie solche über die Gleichschaltung der Länder und über die Einsetzung von Reichsstatthaltern, brachten im Einklang mit dem „Führerprinzip" des NS-Staates eine Umkehrung der politischen Willensbildung von oben nach unten. Bereits am 15. Dezember 1933 erließ das Land Preußen eine neue Gemeindeordnung, die das „Führerprinzip" auf kommunaler Ebene gesetzlich fixierte. 1 1/2 Jahre später erließ das Reich die „Deutsche Gemeindeordnung" (1. April 1935), die dann die Grundlage des kommunalen Verfassungsrechts bis zur Kapitulation im Jahre 1945 bildete.

Mit der Deutschen Gemeindeordnung wurden die kommunalen Körperschaften gleichgeschaltet. Im Vorwort zur Deutschen Gemeindeordnung heißt es: *„Die Deutsche Gemeindeordnung ist ein Grundgesetz des national-sozialistischen Staates. Auf dem von ihr bereiteten Boden wird sich der Neubau des Reiches vollziehen"*. Obgleich die Gemeindeordnung den Begriff der kommunalen Selbstverwaltung kannte, bedeuteten ihre Bestimmungen eine konsequente Aushöhlung seines wesentlichen Inhaltes. Die Gemeinde als Träger einer politischen Willensbildung, die sich durch die Entfaltung eines Eigenlebens äußerte, entsprach nicht der Grundphilosophie des NS-Staates. So wurden zum Beispiel dem Beauftragten der NSDAP, der durch die

Kreisleitung der Partei bestimmt wurde, Einwirkungsmöglichkeiten bei der Berufung des Bürgermeisters, der Beigeordneten und der Beiräte sowie bei dem Erlaß der Hauptsatzung gewährt. Das nationalsozialistische Kommunalverfassungsrecht beseitigte eine der wesentlichen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung — die unmittelbare oder mittelbare Mitwirkung der Bevölkerung an der innergemeindlichen Willensbildung.

In der Stellung des Bürgermeisters kam der Grundtenor der national-sozialistischen Kommunalpolitik zum Ausdruck. Ihm wurden die ausschließliche Führung der Verwaltung, die Vertretung der Gemeinde und die politische Willensbildung aufgetragen. Den Beigeordneten und Stadträten, die nicht gewählt, sondern berufen wurden, stand lediglich eine beratende Funktion zu. „Entschließungen" wurden allein vom Bürgermeister gefaßt. In Lauenburg wurden acht ehrenamtliche Gemeinderäte (Ratsherren) und zunächst drei Beigeordnete ernannt. Deren Zahl wurde 1941 auf vier erhöht. Jeder der Beigeordneten hatte ein bestimmtes Verwaltungs-Referat zu leiten[23]. Die Bürgermeister während der NS-Zeit in Lauenburg waren Kurt Petersen (1933-30. 6. 1940) und Rudolf Maacke (Februar 1941-Frühjahr 1945). Maacke starb noch vor Kriegsende 1945[24].

Rudolf Maacke, Bürgermeister 1941-1945.
Foto: Stadtarchiv Lauenburg/Elbe

Für den Zeitraum 1933-1945 sind im Stadtarchiv Lauenburg kaum Unterlagen vorhanden, die einen Einblick in die politischen Entscheidungsprozesse jener Zeit gewähren. Durch die Einführung des „Führerprinzips" auf kommunaler Ebene wurden alle Entscheidungsbefugnisse in den Händen des Bürgermeisters vereinigt. Diese Beseitigung eines der wesentlichen Merkmale der kommunalen Selbstverwaltung, der Beteiligung der Bevölkerung an der städtischen Willensbildung, bedeutete außerdem eine Verarmung der Aussagekraft der Aktenunterlagen: Ausschußsitzungen fanden nicht statt; Anfragen seitens der Parteien und Interessenträger wurden nicht eingereicht; Auseinandersetzungen innerhalb der Verwaltung wurden nicht aktenkundig; Öffentlichkeit bzw. eine Berichterstattung kam nicht vor. Kurzum — die Hintergründe einer einzelnen politischen Handlung lassen sich nur noch schwer rekonstruieren. In einer Diktatur sind politische Entscheidungen selten transparent — weder für die Zeitgenossen noch — je nach Quellenlage — für einzelne Historiker mehrere Jahrzehnte später.

Im selben Jahr, in dem die Deutsche Gemeindeordnung in Kraft trat, besuchte Adolf Hitler die Stadt Lauenburg. Nachdem er in Hamburg am *„Waffentag der Deutschen Kavallerie"* und an einer Veranstaltung der Opernfestwoche teilgenommen hatte, durchfuhr er am 24. Juni 1935 die Stadt Lauenburg, wo er von der Bevölkerung gefeiert wurde[25].

Auch die örtliche NSDAP-Führung bemühte sich, die eigene kommunalpolitische Arbeit durch gezielte Propaganda als durchweg erfolgreich und positiv darzustellen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Rede Bürgermeister Petersens anläßlich einer öffentlichen Kundgebung der NSDAP im Hotel „Stappenbeck" am 3. März 1936. Sie ist in vollem Wortlaut erhal-

[23] Stadtarchiv Lauenburg, Bestand II Nr. 171 und Nr. 419. Schreiben des Landrates an Bürgermeister Petersen vom 17. 10. 1934 und Niederschrift der Sitzung mit den Gemeinderäten vom 25. 4. 1941.

[24] Stadtarchiv Lauenburg, Bestand II Nr. 411. Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 5. 3. 1941, Seite 1 und Das Land an der Elbe, 14. Jahrgang, Nr. 3/4, März/April 1941, Seite 6 f.

[25] Das Land an der Elbe, 8. Jahrgang, Nr. 7, Juli 1935, Seite 1 f.

Das Foto, das durch die Aufnahmeperspektive den Eindruck eines jubelnden Empfangs in Lauenburg unterstützt, war mit folgenden Zeilen in der Originalfassung unterschrieben: Jung und alt begrüßen den Führer am Glüsinger Weg. (1935) — RS

ten[26]. Petersen rühmt darin die Aufbauarbeit der NSDAP in Lauenburg, insbesondere die finanzielle Gesundung der Stadtkasse, den Ausbau von Straßen sowie den Bau der Reichsmodellbauschule, die am 12. 4. 1936 eingeweiht wurde[27]. Hier wurden Segelflugzeuge hergestellt, um den Fliegernachwuchs zu schulen. Gleichzeitig wies Petersen darauf hin, daß Lauenburg durch die Randlage im äußersten südöstlichen Winkel des Kreises Herzogtum Lauenburg und des Regierungsbezirkes Schleswig wenig Aussicht auf eine wirtschaftliche Belebung hätte. Eine neu aufgestellte SA-Standarte und die ärztliche Verrechnungsstelle Süd-Holstein hätten die Stadt 1935 aus diesem oben angegebenen Grund wieder verlassen.

Die NS-Ideologie und -Propaganda spielte auch in der Lauenburger Kommunalpolitik eine bedeutende Rolle. Besonders anschaulich wird dies anhand einer NSDAP-Mitgliederversammlung am 10. Juni 1936. Diese stand im Zeichen eines Vortrages des Kreisschulungsleiters, Rektor Schwarz über den *„Rassegedanken in der nationalsozialistischen Weltanschauung"*. Wörtlich heißt es in einem Zeitungsbericht über diesen Vortrag:

„Norddeutschland ist als der Ursitz der germanischen Menschen anzusehen. Von hier aus haben diese dann Deutschland und Europa besiegt, beherrscht und zur Kultur geführt. Der Führer, der uns rassisch denken gelehrt hat, hat am 30. Januar 1933 nun den Weg freigemacht für eine ungeheure Arbeit, die einzig und allein dem Rassengedanken dient."[28]

Selbst vor den Kleinstädten machte die systematische Indoktrination der Menschen durch die Nationalsozialisten nicht halt. Oberflächlich betrachtet hatte die Ortsgruppe Lauenburg damit in der Bevölkerung offensichtlich Erfolg: Im November 1937 hatte die NSDAP hier 720 Mitglieder. Nachdem im April 1937 eine Aufnahmesperre verhängt worden war, wurden nun 340 Anwärter auf einmal in die Partei aufgenommen[29]. Bei einer Einwohnerzahl von 6.015 im Jahre 1939 waren somit ca.

[26] Allgemeine Lauenburgische Landeszeitung, 66. Jahrgang, Nr. 57, Lauenburg 7. 3. 1936, Seite 3.
[27] Ebenda, Nr. 75, Lauenburg 28. 3. 1936, Seite 7.
[28] Ebenda, Nr. 135, Lauenburg 12. 6. 1936, Seite 3.
[29] Das Land an der Elbe, 10. Jahrgang, Nr. 11, November 1937, Seite 44.

12% der Lauenburger (ohne Berücksichtigung der Altersgruppen) formell Mitglied der NSDAP[30]. Es muß an dieser Stelle jedoch betont werden, daß die reine Mitgliederzahl der NSDAP noch nichts über die Aktivitäten der Parteigenossen und die Verankerung der nationalsozialistischen Weltanschauung in der Bevölkerung aussagt. Für die Beantwortung dieser Frage fehlen die entsprechenden Quellen.

3.2. Weltkrieg und Befreiung vom Nationalsozialismus

Für die Zeit des Zweiten Weltkrieges in Lauenburg ist die Überlieferung an Unterlagen ebenso lückenhaft wie für die Vorkriegszeit. Gleichwohl ist es möglich, anhand einiger ausgewählter Themen-Schwerpunkte diesen Zeitabschnitt etwas näher zu betrachten.

Als Adolf Hitler am 1. September 1939 im Reichstag zur Kriegserklärung an Polen sprach, ermahnte die „Lauenburgische Landeszeitung" die Lauenburger Bevölkerung zu *„Besonnenheit und Vertrauen"*. In einem Artikel mit der gleichlautenden Überschrift heißt es wörtlich: *„..., denn das ganze deutsche Volk blickt voll Vertrauen auf seinen Führer, weil es weiß: Was der Führer tut, ist immer richtig."*[31] Ob alle Lauenburger diese Meinung teilten, ist zu bezweifeln. Von Zeitzeugen wird die Stimmung bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eher als gedrückt und ruhig beschrieben. Von überschwenglicher Begeisterung wie 1914 kann auf keinen Fall gesprochen werden.

Weitere Schlagzeilen im Lokalteil der Zeitung am 1. September 1939 waren *„Achtung! Luftschutz!"* und *„Ziviler Luftschutz aufgerufen!"* Auf derselben Seite finden wir aber auch Alltägliches wie *„Statt Kaffee eine nahrhafte Suppe"* oder *„Schießwütiger, abgeblitzter Liebhaber"*[32].

Darin zeigt sich auch der Widerspruch, die Gegensätzlichkeit der Ereignisse, die Überraschung und auch etwas Hilflosigkeit und Unfaßbarkeit in der Lauenburger Bevölkerung angesichts der Ereignisse dieses Tages. Es muß für den einfachen Bürger schwer faßbar gewesen sein, daß nur 21 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges mindestens ein neuer Krieg in Europa drohte.

Die Auswirkungen des Krieges spürte die Bevölkerung in Lauenburg schon recht bald. Neue Einschränkungen und Reglementierungen, wie die Einführung der Lebensmittel-Bezugsscheine, der Mangel an Grundnahrungsmitteln, die Verdunklung und die ständige Angst vor Bombenangriffen sind hier zu nennen. Dabei verfügte Lauenburg bei Kriegsbeginn noch nicht einmal über eine Luftschutzsirene. Die Feuerwehrsirene und die Dampfpfeifen der Betriebe mußten diese Funktion übernehmen[33]. Das Abhören feindlicher, d.h. ausländischer Sender, wurde durch den Ministerrat für die Reichsverteidigung verboten[34]. Die Geburtenjahrgänge 1911 und 1912 wurden aufgerufen, sich für die Wehrpflicht zwischen dem 16. und 19. September 1939 im Lauenburger Schloß erfassen zu lassen[35].

Die Gefahr englischer und später amerikanischer Bombenangriffe bestand auch für Lauenburg. Häufig führten die Piloten sogenannte Notabwürfe durch, wovon auch Lauenburg

[30] Volkszählung 1939 Schleswig-Holstein. Die Wohnbevölkerung nach Gemeinden. Statistisches Landesamt Kiel.

[31] Lauenburgische Landeszeitung/ Geesthachter Zeitung, 69. Jahrgang, Nr. 204, Lauenburg 1. 9. 1939, Seite 4.

[32] Ebenda.

[33] Ebenda.

[34] Lauenburgische Landeszeitung/ Geesthachter Zeitung, 69. Jahrgang, Nr. 205, Lauenburg 2./3. 9. 1939, Seite 3.

[35] Ebenda, Nr. 216, Lauenburg 15. 9. 1930, Seite 3.

nicht verschont blieb. Der Landrat in Ratzeburg mußte in täglichen Ereignismeldungen über derartige Vorkommnisse an den Regierungspräsidenten in Schleswig berichten[36]. Für Lauenburg sind dort für den Zeitraum 1941-1944 häufig nächtliche Fliegeralarme verzeichnet. Wie eine derartige Ereignismeldung aussah, sei hier anhand des Berichts über einen Luftangriff am 20. Juni 1940 dargestellt:

„Heute nacht 1.40 und 1.50 Uhr haben 2 feindliche Flugzeuge die Stadt Lauenburg an der Elbe mit 10 Brandbomben und außerdem mit 5 Sprengbomben beworfen. Außer der Unterbrechung der Fernsprechleitung Berlin-Hamburg sind keine Sach- und Personenschäden eingetreten. Ferner ist ein Sprengtrichter vorhanden (vermutlich Blindgänger); der vermutliche Blindgänger liegt so, daß die Schiffahrt auf der Elbe und dem Elbe-Lübeck-Kanal bei Lauenburg/Elbe und die Eisenbahnstrecke Büchen-Lüneburg bei Lauenburg/Elbe gesperrt werden muß. Die Ortspolizeiverwaltung Lauenburg/Elbe hat bereits das Erforderliche wegen Entsendung eines Sprengkommandos veranlaßt."[37]

Zwar gab es in Lauenburg eine seit 1934 tätige Luftschutzorganisation mit dem Bürgermeister als örtlichem Luftschutzleiter, einer Befehlsstelle, einem Sanitätsdienst im Krankenhaus, der Feuerwehr und einem Räumungstrupp, der auch mit *„Gasspürern und Entgiftern"* ausgestattet war[38]. Einem wirklichen massiven Bombenangriff, wie ihn der britische Feldmarschall Montgomery ursprünglich auf die Stadt Lauenburg im April 1945 plante, hätte der Lauenburger Luftschutz aber nichts entgegensetzen können. Von derartigen Verwüstungen blieb Lauenburg noch bis zum April 1945 verschont. Dennoch wurden die Einwohner direkt mit den Folgen der massiven Luftangriffe auf Hamburg konfrontiert: Viele Evakuierte wurden in Lauenburg untergebracht.

Zwischen dem 24. und 30. Juli 1943 war die Hansestadt Hamburg im Rahmen des Unternehmers „Gomorrha" 5 Luftangriffen ausgesetzt. Ein weiterer Angriff erfolgte in der Nacht zum 3. August 1943. Insgesamt 10.000 Tonnen Bomben wurden abgeworfen. Ende Juli waren 30.482 Tote, darunter 5.586 Kinder, zu beklagen. 50.000 Menschen waren verwundet oder verkrüppelt. 277.330 Wohngebäude und 580 Industriebetriebe waren zerstört.

Im Stadtarchiv Lauenburg befindet sich in der Sondersammlung *„Der Zweite Weltkrieg in Lauenburg"* die Abschrift eines Aufsatzes, den die Schülerin an der Albinus-Schule, Liselotte W., im Jahre 1943 verfaßt hat. Er zeigt einerseits die Betroffenheit über die schrecklichen Ereignisse nach den Bombenangriffen, verdeutlicht auf der anderen Seite aber auch den Geist, in dem die Kinder während der NS-Zeit erzogen wurden. Der nachstehende Aufsatz soll daher für sich selbst sprechen:

„Wir halfen den Hamburgern!

In der Nacht vom 25.-26. Juli d.J. war wiederum Fliegeralarm. Meine Eltern sorgten dafür, daß ich mit ihnen schnellstens in den Luftschutzkeller kam. Hier war bereits die ganze Hausgemeinschaft anwesend. Jeder hatte seine wertvollsten

[36] Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 301 Nr. 6213.
[37] Ebenda, Nr. 6212.
[38] Das Land an der Elbe, 13. Jahrgang, Nr. 9/10, Lauenburg September/Oktober 1940, Seite 17 f.

und wichtigsten Sachen im Koffer eingepackt und mitgenommen. Mein Vater als Luftschutz-Hauswart ging des öfteren nach oben auf die Straße, um sich nach dem Stand des Fliegerangriffs zu überzeugen. Wir im Keller hörten viele Flugzeuge über unser Haus hinwegbrummen; meine Mutter sagte, es wären Feindflugzeuge, sog. Bomber, in Richtung Hamburg. Da, plötzlich kam mein Vater in den Keller zu uns und teilte uns mit, daß über dem Hamburger Gebiet die Hölle los sei und daß es sich nach der Zahl der Flakschüsse, den Strahlenbündeln der Scheinwerfer sowie der vielen Streifen der Leuchtspurmunition zu urteilen, um einen Großangriff handeln müsse.

Ich wollte dieses Schauspiel auch mal sehen und begab mich für einen Augenblick auf die Straße, um sodann aber gleich wieder in den Keller zurückzukommen. Auf der Straße in Himmelsrichtung Hamburg bot sich meinen Augen ein Bild des Schreckens und Entsetzens. Glutrot war der Himmel, und taghell war die Nacht gelichtet. Welch ein Schrecken, welch ein Kampf, ein Ringen auf Leben und Tod mag sich in diesen Minuten unter Hamburgs Himmel abgespielt haben. Wir hier in Lauenburg waren froh, davon nicht betroffen zu sein, und als nach ca. 45 Minuten Entwarnung ertönte, war auch die Gefahr für uns vorüber, so daß wir den Keller verließen und uns wieder ins Bett begaben.

In der Nacht vom 27.-28. Juli erfolgte wieder ein Großangriff englischer und amerikanischer Bomber, es sollen ca. 800 gewesen sein, auf Hamburg. Und noch in derselben Nacht erlebte Lauenburg die Auswirkung dieses schauderhaften und teuflischen Angriffs. Dieser Angriff war noch weit schlimmer als der erste in der Nacht vom 25. zum 26. Juli. Die feindlichen Bombenflugzeuge warfen in der Mehrzahl Phosphorbomben als Sprengbomben. Die Auswirkung dieses Anschlags war, daß die Hansestadt Hamburg an allen Ecken brannte, brannte wie eine Fackel. Auf Anordnung der Behörden und der Partei wurde Hamburg noch in dieser Nacht evakuiert. Männer, Frauen und Kinder, alles strömte aus der Hölle hinaus zu den Sammelstellen im Hafen, um von dort aus mit Schuten, Motorbooten, Schiffen abtransportiert zu werden, ganz egal wohin, kein ausgemachtes Ziel, nur weg, weg, rette sich, wer kann! Das waren in dieser Nacht die Rufe der Hamburger. Da gab es keine Überlegung, ob, wer und wohin und wann, die Wohnstätte verlassen werden sollte, an Eigentum und Besitz konnte nicht mehr gedacht werden, jeder rettete nur das nackte Leben, sofern er in der Lage war und ihm das Schicksal hierzu verhalf.

Die vor Feuersbrunst und Bombensplitter fliehende Einwohnerschaft rannte zu den bereitgestellten Flußfahrzeugen und auch zu den wartenden Personenautos, Lastkraftwagen, Omnibussen usw.; jede sich bietende Fahrgelegenheit wurde wahrgenommen.

Gegen 3 Uhr nachts kamen die ersten Fluß- und Landfahrzeuge hier in Lauenburg an. Aber nicht alle Fahrzeuge konnten ihre Menschenfracht hier in Lauenburg abladen, das wäre ein zu großer Menschenzustrom geworden. Polizei und Partei sorgten dafür, daß die meisten Fahrzeuge nach Übernahme von

Wasser, Proviant und Medikamenten weiter durchgeschleust wurden. Menschen, Menschen auf dem Wasserwege und auch zu Lande, alles nach Lauenburg, jeder erwartete hier Unterkunft! Jeder Lauenburger Haushalt wählte sich die Einquartierung so, wie sie vor seiner offenen Tür stand. Manche kleinen Familien nahmen bis 10 Personen auf, geschlafen wurde im Hausflur auf Holzfußboden, Kellern, Scheunen usw., ein jeder fühlte sich mit diesen Bombenflüchtlingen verbunden. Um keine überhitzten Gemüter aufkommen zu lassen, wurde mit ihnen alles geteilt, Raum, Wohnung, Verpflegung.

Und wie kamen sie hier bei uns an, Männer, Frauen, Kinder, alle aufgeregt von dem grausigen Geschehen, welches sie erlebt hatten und welches wie Geisterspuk über sie kam, die Kleider angebrannt, Gliedmaßen verbrannt, das Gesicht vom Rauch geschwärzt, verletzt von dem Gestein und brennendem Gebälk der einstürzenden Häuser. Im Nachthemd, in Unterkleidung, Säuglinge in Decken gehüllt, so kamen sie bei uns an, die an sich vorher stolzen Hanseaten! Am nächsten Tage kam ein weiterer Flüchtlingsstrom an, auf Kraftwagen aller Art. Viele hatten ihr weniges gerettetes Gut auf Wagen aufgeladen und brachten dieses mit. Welche Gedanken mögen in diesen Minuten bei diesen unglücklichen Volksgenossen geweilt haben? In einer Nacht ganz arm zu werden und jetzt auf der Landstraße mit dem wenigen Hab und Gut einer noch ungewissen neuen Heimat entgegenzuwandern? Diesen Heimatlosen mußte geholfen werden!

Bei ihrem Ankommen in Lauenburg traten das Rote Kreuz und sonstige Hilfsorganisationen in Aktion! Die Molkerei lieferte Butter, und Brot wurde vom Bürgermeister aus einer Großbäckerei der Umgebung beschafft. Schulen, Säle und große Fabrikarbeitsräume wurden belegt.

Aber nicht allein die Erwachsenen haben hier geholfen, sondern auch wir, die Jugend, haben unseren Eltern in der Fürsorge dieser vom Schicksal schwer betroffenen Volksgenossen wahrhaftig nicht nachgestanden. Es ist für uns als heranwachsende Jugend und Trägerin der Volkskraft eine Selbstverständlichkeit, für unser Vaterland etwas Nützliches zu leisten. Als unsere BDM-Führerin uns zum Einsatz aufrief, da halfen wir, wo wir nur konnten. Ich für meine Person will nur erwähnen: Ich habe vom Dampfer Handkoffer getragen, Flüchtlinge mit ihrem wenigen Gepäck zu ihren Quartieren geführt, kleine Kinder betreut, Auskünfte erteilt usw. Bei der Suchstelle habe ich auch mitgeholfen, da, wo Männer ihre Frauen, Frauen ihre Männer, Eltern ihre Kinder und Kinder ihre Eltern suchten. Ich habe da manche Träne fließen sehen und auch mitgeweint! Ganze Familien waren durch die Flucht auseinandergerissen, viele Männer und Frauen mußten erfahren, daß manches treue Familienmitglied, die Inge oder der Hans, nicht mehr am Leben war. Aber auch viele Tränen der Freude habe ich erlebt, als sich manche wiederfanden. In diesen Augenblicken dachte ich an Schillers Glocke: „...und sieh, ihm fehlt kein teures Haupt.'

Wir Mädels haben in unseren helferischen Leistungen den Jungen nichts nachgestanden, ich meine der HJ, wir waren vom

BDM. Mein Vater sagt, hier in dieser Not, heißt es zu helfen, ganz egal, wo man steht. Am nächsten Tag sah ich an den Mauern in der Stadt und an den Häusern viele mit Kreide geschriebene Hinweise:

1. Ich grüße Euch, Vater und Mutter! Ich lebe!
Sohn Fritz Hausmann, Hamburg 27, Marckmannstraße 2.

oder

2. Wir leben, reisen ab nach Magdeburg, Sohn, komme nach!
Eltern, Walter Heines und Mutter, Hamburg, Röhrendamm 34.

Ja, die Hamburger Bombenflüchtlinge waren keine geschlagene Armee! Keiner hat gemeutert! Wohl über die gemeine Kriegsführung des Feindes geschimpft und diesen verflucht, sie waren traurig, suchten dadurch, ihr Los zu ertragen.

Ich als Schulmädel habe in diesen Tagen viel Leid gesehen und ich frage mich: Mußte das sein?

Ich sage nein und abermals nein!

Mein Vater hat meinen Aufsatz durchgelesen, bevor ich ihn in der Schule abgebe, er sagt, er wäre in Ordnung, denn es ist ja die Wahrheit."

Ebenso wie die Fliegeralarme ein Teil des Alltags der Lauenburger Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg waren, gehörten die hier untergebrachten Kriegsgefangenen zum Bild der Stadt.

Zur Erhaltung seiner Kriegsproduktion war das Dritte Reich zunehmend auf den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften angewiesen. Kriegsgefangene sowie Zivilarbeiter wurden eingesetzt. Unter „Zivilarbeitern" sind sowohl „Fremdarbeiter", d.h. angeworbene Arbeitskräfte, als auch „Zwangsarbeiter", d.h. Verschleppte, überwiegend Polen und Russen, zu verstehen.

Dieses Thema ist in der regionalhistorischen Literatur erst in jüngster Zeit aufgegriffen worden.[39] Als nach der Eroberung der Niederlande, Belgiens und Frankreichs durch die Deutsche Wehrmacht 1940 französische, belgische und niederländische Soldaten als Kriegsgefangene nach Deutschland kamen, wurden auch der Stadt Lauenburg zunächst 60 Gefangene als Arbeitskräfte zugeteilt. Untergebracht wurden sie ab September 1940 im Lager Elbstraße 18 in einem Kellerraum, der von der Stadt für 60 Reichsmark monatlich angemietet worden war. Das Kriegsgefangenen-Arbeitskommando Lauenburg erhielt die Nummer 928 und unterstand militärisch und verwaltungstechnisch dem Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager (Stalag) XA in Schleswig. Die Gefangenen wurden als Arbeitskräfte auf die Betriebe, die bereits im August vorsorglich Gefangene bei der Stadt angefordert hatten, verteilt. Aus den Lohnabrechnungen geht hervor, daß sie im Durchschnitt acht Stunden pro Tag arbeiteten. Der Grundlohn pro Arbeitstag für „nicht-sowjetische" Gefangene in der Land- und Forstwirtschaft betrug 0,70 Reichsmark (ab 1. 11. 1943). Dennoch waren die Kriegsgefangenen nicht immer billigere Arbeitskräfte als die Deutschen. So beschwerte sich die Fleischer-Innung des Kreises Herzogtum Lauenburg bereits im August 1942 beim Lauenburger Bürgermeister darüber, daß ein Kriegsgefangener im Monat ca. 160 Reichsmark Lohn bekomme, ein deutscher Geselle hingegen nur 130 Reichsmark. Die Ursache dafür lag in der

[39] Für unser Gebiet gibt es allein die Studie „Verschleppt zur Sklavenarbeit, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein".

Umlage der städtischen Kosten für die Lagermiete, Heizung, Licht usw. auf den Unternehmer durch einen sogenannten Stundenzuschlag auf den Lohn der Kriegsgefangenen.

Regelmäßig wurde von Montag bis Freitag vom 6.30 Uhr bis 16.30 Uhr sowie am Samstag vormittag gearbeitet. Der Sonntag war, wie aus einem Schreiben des militärischen Abschnittsführers in Schwarzenbek an den Bürgermeister in Lauenburg vom 20. 4. 1941 hervorgeht, frei für *„Körperreinigung, Instandsetzen der Bekleidung und Ausrüsten und Lagerreinigung"*.

Die Akten, in denen es meist um Abrechnungen geht, vermitteln wenig Informationen, die einen Einblick in das Alltagsleben der Gefangenen geben. Eine Ausnahme bildet folgender Auszug. Erst ab Dezember 1941 war es den Kriegsgefangenen gestattet, den Bürgersteig zu benutzen, *„...„vorausgesetzt, daß 1. die französischen Kriegsgefangenen höchstens zu zweien nebeneinander gehen, 2. sie vor Deutschen Volksgenossen ausweichen, 3. sie sich Deutschen Volksgenossen gegenüber korrekt verhalten."* Auch durften nur am Sonntag unter Aufsicht des deutschen Kommandoführers Spaziergänge in der Gruppe unternommen werden. Das Betreten öffentlicher Lokale und der Kirchen blieb jedoch ebenso verboten wie der Kontakt mit deutschen Frauen.

Die hygienischen Verhältnisse im Lager Elbstraße 18 verschlechterten sich im Laufe der Zeit immer mehr. 1942 konnte selbst eine eigens von der Stadt beauftragte Hamburger Firma der Ungezieferplage (Flöhe) durch Desinfektion nicht mehr Herr werden. Durch Siel-Abflußstellen im Keller des Gebäudes drangen zudem Ratten in die Räume ein[40].

Nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Rußland am 22. Juni 1941 hoffte die Stadt Lauenburg auf eine weitere Zuweisung von russischen Kriegsgefangenen für den Einsatz in der städtischen Verwaltung und in den privaten Betrieben. Bereits Anfang Juli 1941 gingen die ersten Anträge von Lauenburger Firmen auf Zuweisung von sowjetischen Kriegsgefangenen bei Bürgermeister Maacke ein. Dieser forderte daraufhin am 8. 7. 1941 beim Arbeitsamt Bad Oldesloe 60 Männer an. Das Arbeitsamt bestimmte in seinem Antwortschreiben, daß die in Zukunft eintreffenden Kriegsgefangenen ausschließlich der Landwirtschaft zugeführt werden müßten. Lediglich Facharbeiter der „Mangelberufe" würden aus den Kriegsgefangenen-Transporten herausgezogen und ausschließlich Betrieben mit kriegswichtigen Aufgaben der höchsten Dringlichkeitsstufen zugeführt.

Wieviele Russen nach Lauenburg kamen, wird aus den Akten des Stadtarchivs nicht ersichtlich. Ein Inventarverzeichnis des Russenlagers vom 25. 5. 1943 ist der einzige Hinweis. Darin werden 44 Schlafdecken erwähnt, so daß von in etwa der glei chen Zahl an Kriegsgefangenen ausgegangen werden kann.

Auch die Unterbringung und das Alltagsleben der Russen in Lauenburg sind kaum dokumentiert. Belegt ist lediglich, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen, die u.a. in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt waren, ab 1. 11. 1943 pro Tag einen Grundlohn vom 0,35 Reichsmark erhielten. Polnische Gefan-

[40] Angaben aus: Stadtarchiv Lauenburg, Bestand II Nr. 25 und Nr. 26.

gene erhielten 0,50 Reichsmark, alle anderen 0,70 Reichsmark pro Tag. Auch die Überstundenvergütung betrug für die Russen mit 0,15 Reichsmark nur die Hälfte des normalerweise ausgezahlten Betrages.

Auch Italiener lebten als Fremdarbeiter während des Krieges in Lauenburg. Im amtlichen Sprachgebrauch wurden nach der italienischen Kriegserklärung unter der neuen Regierung Badoglio (Oktober 1943) sie als *„Militärinternierte"* bezeichnet. Aus den Archivunterlagen geht hervor, daß im November 1943 zehn Italiener in Lauenburg arbeiteten: 7 Mann für die Marine, 3 bei der Stadtverwaltung. Untergebracht waren sie im Lager am Heideweg. Das Lagergeld in Höhe von täglich 0,70 Reichsmark pro Interniertem zahlte das Marine-Verpflegungsamt in Hamburg. Die Stadt Lauenburg trug Unkosten für das Lager, die Verpflegung, die Lagermiete, Licht usw. Die Monatsmiete für das Lager betrug 20 Reichsmark. Zeitweise wurden die Italiener gemeinsam mit den Franzosen im Kriegsgefangenen-Lager Reeperbahn Nr. 6 verpflegt. Russische Kriegsgefangene erhielten, da sie in der NS-Ideologie als *„minderwertig"* galten, auch weniger Nahrung als die übrigen Gefangenen[41].

Über den Einsatz vom Fremdarbeitern während des Krieges in Lauenburg liegen kaum Informationen vor. Überliefert ist jedoch ein Fall von Sabotage in der Dampfziegelei Buchhorst aus dem Jahre 1944. Dort waren etwa 80 Polen und andere *„Ostarbeiter"* beschäftigt. Der *„Ostarbeiter"* Iwan M. soll demnach eine Pfannenpresse dadurch zum Stillstand gebracht haben, daß er harte Rotsteine und Tonklumpen in die weiche Tonmasse steckte. Die Produktion lag dadurch längere Zeit still. Zehn Arbeitskräfte konnten dadurch nicht weiterarbeiten. M. wurde daraufhin festgenommen und nach Lübeck in das Polizeigefängnis Lohmühle gebracht. Der Ziegelmeister E. sagte aus, M. sei *„an sich ein langweiliger, fauler und frecher Arbeiter"*. Er habe in böswilliger Absicht die Arbeit gehemmt. Der gesamte Vorgang wurde an die Geheime Staatspolizei (Gestapo) — Grenzpolizeikommissariat — in Lübeck weitergeleitet[42]. Was daraus wurde, ist nicht mehr nachzuvollziehen.

So wie die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter gegen ihren Willen nach Lauenburg gekommen waren, so mußten auch viele Lauenburger gezwungenermaßen ihre Heimatstadt verlassen und Soldat werden. Viele von ihnen sind im Krieg umgekommen. Zwei Männer aus Lauenburg erhielten das Ritterkreuz, die höchste Tapferkeitsauszeichnung der Wehrmacht: Major Hans Christern am 31. 1. 1941 und Hauptmann Hans-Wilhelm Albers am 4. 6. 1944. Letzterer starb an einer Verwundung im Juni 1944. Die Funktionäre der NSDAP in Lauenburg ehrten Hans Christern nach der Verleihung des Ritterkreuzes im Sommer 1941 mit einem Gemälde, das im Schaufenster der Firma Möller in der Elbstraße für die Bevölkerung ausgestellt wurde[43]. Zu diesem Zeitpunkt glaubten die Politiker noch an den deutschen „Endsieg". Selbst im Juni 1944 schien dieser Glaube bei den Gemeinderäten in Lauenburg noch nicht erschüttert zu sein. Bürgermeister Maacke machte Pläne für eine Stätte der Gefallenen aus Lauenburg. Erst am 5. März 1945 rückte man von der

[41] Ebenda, Nr. 69, 70 und Nr. 569.

[42] Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 320 Nr. 1244. Schreiben des Gendarmerie-E.-Posten Büchen I an die Gestapo Lübeck vom 27. 6. 1944.

[43] Stadtarchiv Lauenburg, Bestand II Nr. 419. Niederschrift der Sitzung der Gemeinderäte am 4. 3. 1941, Seite 3 f. und Niederschrift der Sitzung der Gemeinderäte am 7. 8. 1941, Seite 4 und Seemen, Gerhard von, Die Ritterkreuzträger 1939-1945, Friedberg o.J., Seite 70.

Planung eines Ehrenmals zunächst ab, mit der Begründung, jedwede Planung nicht kriegswichtiger Art sei bis nach dem Siege zurückzustellen[44]. Der wahre Grund war jedoch, daß das Ende des „tausendjährigen Reiches" nach nur zwölf Jahren unausweichlich bevorstand.

Bürgermeister Maacke hatte während seiner Amtszeit eine weitere Idee verfolgt, die ebenfalls nicht mehr umgesetzt wurde. Im August 1941 berichtete er den Beiräten und Ratsherren von einem Plan, eine *„Ortsburg"* auf dem Schloßgelände zu errichten. Der Stadtbaumeister hatte dazu bereits Zeichnungen erstellt. Die Ratsherren begrüßten dieses Projekt[45]. Nachforschungen des Verfassers im städtischen Bauamt sowie im Lan desbauamt in Lübeck dazu blieben leider erfolglos. Über den Zweck und das Aussehen dieses Gebäudes kann daher nur spekuliert werden. Vermutlich sollte diese *„Ortsburg"* der NSDAP-Ortsgruppe Lauenburg als Parteihaus dienen. Ursprünglich war vorgesehen, das Gebäude zunächst nicht auf dem Schloßplatz zu errichten.

Derartige Pläne, die lediglich der oberflächlichen Aufwertung und Selbstdarstellung der NS-Diktatur dienten, standen im krassen Gegensatz zur Wirklichkeit des Zweiten Weltkrieges. Immer mehr Menschen wurden bedingungslos von den NS-Machthabern für den Krieg benutzt.

Nach der Niederlage der 6. Deutschen Armee in Stalingrad Anfang 1943 verfügte die NSDAP-Führung in Berlin die Mobilisierung aller Bevölkerungsteile für den Kriegseinsatz in der Heimat oder an der Front.

Der nun vom Reichspropaganda-Minister Goebbels im Berliner Sportpalast ausgerufene „totale Krieg" erfaßte nahezu die gesamte Zivilbevölkerung in Deutschland. Gleichgültig ob Männer, Frauen oder Kinder — alle waren gezwungen, Dienst zu leisten für den noch immer proklamierten deutschen „Endsieg". Dabei sind sich die Historiker einig, daß spätestens mit der Vernichtung der 6. Armee in Stalingrad und der anschließenden gescheiterten deutschen Großoffensive bei Kursk eine militärische Wende im Zweiten Weltkrieg eingetreten war. Der Krieg war für Deutschland verloren. Der Reichsminister des Innern, Heinrich Himmler, verfügte mit einem Schnellbrief vom 4. 12. 1943 eine weitere Notdienst-Verpflichtung von Schülern für den Kriegs-Hilfseinsatz in der Luftwaffe und bei der Kriegsmarine. Im Februar 1944 schieden die Luftwaffen- und Marinehelfer des Geburtsjahrganges 1926 aus und wurden zum Dienst in der Wehrmacht herangezogen. Eine wesentliche Aufgabe der Luftwaffen- und Marinehelfer bestand in der Bedienung von Flugabwehr-Geschützen (Flak-Helfer) gegen die Bomber der Alliierten. Diese Lücken sollten nun die Schüler der Jahrgänge 1927 und 1928 aus den Klassen fünf und sechs der höheren Schulen sowie die Schüler aus der Klasse fünf der mittleren Schule schließen. Auch die Albinusschule in Lauenburg mußte die Anzahl der in Frage kommenden Jungen an das Schulamt in Ratzeburg melden. 14 Jungen des Jahrganges 1928 und 5 Jungen des Jahrganges 1927 hatten sich der Tauglichkeits-Untersuchung zu unterziehen. Seit August 1943 waren be-

[44] Stadtarchiv Lauenburg, Bestand II Nr. 411. Protokolle der Gemeinderatssitzungen am 20. 6. 1944, Seite 4 f. und am 5. 3. 1945, Seite 3.

[45] Ebenda, Nr. 419. Niederschrift der Sitzung mit den Gemeinderäten am 21. 8. 1941, Seite 2.

reits 8 Jungen aus der Albinusschule als Marinehelfer einberufen.

Die Hitlerjugend (HJ-Bann 463) in Lauenburg beantragte zwar beim Landrat die Freistellung der Schüler des Geburtsjahrganges 1928 vom Dienst als Marinehelfer. Dies wurde jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß lediglich HJ-Führer auf Anforderung der HJ-Gebietsführer durch das Marine-Oberkommando Nordsee freigestellt werden könnten. Dieser Vorgang verdeutlicht die Komplexität und die Unübersichtlichkeit der Kompetenzen in der Bürokratie des Dritten Reiches. Von den 20 Schülern der Albinusschule der Jahrgnge 1927/1928 wurden nur drei nicht zum Dienst bei der Marine herangezogen[46].

Der Krieg erfaßte die Bevölkerung der Stadt Lauenburg nun noch unmittelbarer. Auch der Ort selbst sollte das Ende des Krieges nicht unbeschadet überstehen[47]. Noch im April 1945 fielen beim Elbübergang der britischen Truppen über 1.000 Menschen einem ohnehin sinnlosen Kampf zum Opfer.

[46] Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 320 Nr. 956.

[47] Aus Platzgründen kann auf das Kriegsende bei Lauenburg hier nicht näher eingegangen werden. Verwiesen sei an dieser Stelle auf weiterführende Literatur: Martin H. G., The History of the Fiftienth Scv. Hish. Division 1939-1945, London 1948. — Saft, Ulrich, Krieg in der Heimat. Das bittere Ende zwischen Weser und Elbe, Walsrode 1988. — Das Stadtarchiv Lauenburg besitzt darüber hinaus eine Sondersammlung mit Materialien über den Zweiten Weltkrieg (Aufsätze, Zeitzeugenberichte, Zeitungsausschnitte).